



24/SVV/0542

Antrag
öffentlich

Schulentwicklungsplanung mit Landkreis Potsdam-Mittelmark

<i>Einreicher:</i> Fraktion der Freien Demokraten	<i>Datum</i> 30.04.2024
--	----------------------------

<i>geplante Sitzungstermine</i> 15.05.2024	<i>Gremium</i> Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	<i>Zuständigkeit</i> Entscheidung
---	---	--------------------------------------

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle Möglichkeiten zu prüfen, um einvernehmlich mit dem Landkreis Potsdam Mittelmark für die zukünftigen Jahre jeweils eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung zu erreichen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei in einer gemeinsamen Vorfinanzierung neuer Schulbauten, Erweiterungen und Ausstattungen, basierend auf den anzunehmenden oder prognostizierten Zahlen der nach Potsdam ein- oder aus der Stadt auspendelnden Schülerzahlen. Es soll zudem geprüft werden, inwieweit Flächen im Landkreis Potsdam-Mittelmark für neu zu errichtende Schulen gemeinsam genutzt werden können, um die Akzeptanz der anliegenden Bevölkerung zu verbessern sowie die Kosten zu reduzieren.

Das Ergebnis der Prüfung soll der Stadtverordnetenversammlung bis Ende 2024 vorgelegt werden.

Begründung:

Der derzeitige Zustand hoher Zahlen einpendelnder Schülerinnen und Schüler aus dem Landkreis Potsdam-Mittelmark in die Landeshauptstadt Potsdam führt zu erheblichem Konkurrenzdruck mit Potsdamer Kindern und Jugendlichen. Insbesondere bei den Platzvergaben beim Wechsel auf weiterführende Schulen (Ü7) führt dies oft dazu, dass Potsdamer Kinder erhebliche Schulwege in Kauf nehmen müssen, weil sie an der örtlich gelegenen Schule keinen Platz bekommen konnten.

Die Möglichkeit, vor der Vergabe nach dem Leistungskriterium den Wohnort mit zu berücksichtigen, wurde vom Landtag ebenso wie vom MBS abgelehnt, auch mit dem Verweis auf die Möglichkeit einer gemeinsamen Schulentwicklungsplanung benachbarter Landkreise bzw. kreisfreier Städte.

Um die aktuelle Situation für die Stadt Potsdam dennoch zu entschärfen, sowohl finanziell als auch bei der Suche nach geeigneten Flächen, erscheint eine solche Zusammenarbeit mit dem der Stadt umliegenden Landkreis dringend geboten.

Anlagen:

1 Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:	
Titel des Antrages:	
Drucksache Nr.:	TOP:

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung
2. Berücksichtigung im Haushaltsplan
3. Zeitliche Umsetzbarkeit
4. Inhaltliche Einordnung